

Kiel, 22.09.2004

**Landtag
aktuell**

**Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Redebeginn**

TOP 13 – „Luftverkehrskonzept“

Bernd Schröder:

Wir entscheiden aufgrund von Daten und Fakten

Der schleswig-holsteinische Landtag hat am 14.11.2002 das von der Landesregierung vorgelegte Luftverkehrskonzept diskutiert. Mit Vorlage des Landesverkehrsprogramms „Perspektiven für Schleswig-Holstein“ aus dem Jahre 2003 und mit der Diskussion des Wirtschaftsberichtes 2004 am 27.05.2004 hier im Landtag wurde die Zielsetzung der schleswig-holsteinischen Verkehrspolitik – hier: der Luftverkehrspolitik – bestätigt.

Danach ist die Mobilität von Menschen und Gütern als Voraussetzung für wirtschaftlichen Wohlstand und individuelle Entwicklung zu sichern, und wir wollen mit einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein weiter stärken. Es ist dabei unabdingbare Voraussetzung, dass wie im Luftverkehrskonzept ausgesagt, alle Verkehrswege: Straße, Schiene, Wasser und Luft mit ihren spezifischen Vorteilen genutzt und zu einem attraktiven umweltschonenden und sicheren Gesamtsystem vernetzt werden.

Der Luftverkehr ist und bleibt - auch nach den Einbrüchen und schrecklichen Ereignissen des 11. September 2001 - der Verkehrsträger mit den höchsten Zuwachsraten. Für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Schleswig-Holstein hat der Luftverkehr einen hohen Stellenwert. Und es ist unstrittig, dass Flughäfen wichtige Bestandteile der regionalen

Wirtschaftsstruktur sind und zur Stärkung der Wirtschaftskraft sowie zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen.

Die SPD-Landtagsfraktion hat immer erklärt, dass sie die Entwicklung der Regionalflughäfen in Kiel und Lübeck durch verantwortungsvolle Ausbaumaßnahmen in ihrem Bestand sichern und zukunftsfähig gestalten wird. Dazu stehen wir nach wie vor. Dazu gehört auch, in konsequenter Verfolgung unserer konzeptionellen Ansätze – die bei der Opposition von CDU und FDP ja leider nicht vorhanden sind oder sich ständig verschieben (und das werde ich hier noch belegen) –, dass wir die Chancen für den Ausbau des Regionalflughafens Lübeck wahren werden. Die wirtschaftliche Entwicklung des Flughafens Lübeck-Blankensee ist äußerst erfreulich. Das Low-Cost-Angebot mit den prognostizierten Passagierzahlen hat sich bereits jetzt mehr als verdoppelt. Die wirtschaftliche Bedeutung eines Flughafens Lübeck-Blankensee für Lübeck, für die ganze Region, ich will hier nur das Stichwort Träger in die Diskussion einbringen, rechtfertigt die Bemühungen, Lübeck-Blankensee zukunftsfähig auszubauen und zu gestalten.

Zur Bedeutung des Regionalflughafens Kiel-Holtenau für die Stadt Kiel, insbesondere aber für die K.E.R.N.-Region, haben wir immer eindeutig Stellung bezogen. Wer leichtfertig und aus populistischen Gründen jetzt andere Wege gehen will, bevor belastbare Daten für noch offene Fragen vorliegen, wird seiner Verantwortung nicht gerecht.

Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Lothar Hay, hat in seiner Presseerklärung vom 08.09.2004 für die Landtagsfraktion eindeutig und unmissverständlich klargestellt, dass die neuen Bedarfsprognosen für einen Ausbau des Flughafens Kiel-Holtenau sprechen. Für eine umfassende Wirtschaftlichkeitsberechnung muss jedoch auch die ausstehende verlässliche Kostenschätzung herangezogen werden. Weitere offene Fragen, wie z.B. die der Billigfliegerkonkurrenz, müssen ebenfalls noch geklärt werden. Fakt ist und bleibt, dass die Wirtschaftlichkeit entscheidend sein muss für eine abschließende Bewer-

tung des Projektes, und eben nicht parteipolitisches populistisches Kalkül, um Stimmung in der Region zu erzeugen.

An die Opposition hier im Landtag gerichtet sage ich, Sie haben die Prüfkriterien des Ministers gehört. Ich erwarte von Ihnen, nennen Sie Ihre Parameter, Ihre Maßstäbe für eine Entscheidung. Zur Bewertung eines Luftverkehrskonzepts gehört mehr als eine Luftdebatte, wie Sie sie zurzeit führen. Außerdem wäre es gut, wenn die CDU endlich mit einer Stimme sprechen würde. Ich vernehme nur Widersprüche.

Der Kieler CDU-Kreisvorsitzende Stritzl ist für den Ausbau des Kieler Flughafens. Die CDU-Landtagsabgeordnete Eisenberg aus dem Kieler Umland ist dagegen. Offiziell wollen Sie in Ihrem Kieler CDU-Wahlprogramm 2003 bis 2008 den Flughafen ausbauen. Ich bin mal gespannt, wie Sie dieses politische Hin und Her begründen wollen.

Von konzeptionellen Aussagen kann bei Ihnen nicht im Entferntesten die Rede sein. Wenn Ihr Kandidat sich hinstellt und den Bau von zwei großen Flughäfen in Schleswig-Holstein fordert, einen für Passagiere in Kaltenkirchen und einen für Luftfracht in Jagel, dann wird die Unverantwortlichkeit einer solchen Forderung bzw. die Blauäugigkeit oder auch Ahnungslosigkeit deutlich, wenn sich seine Bedarfsanalyse darin erschöpft: *„Der Bedarf ist da, weil der Flughafen Fuhlsbüttel langfristig vermutlich ausgelastet ist.“*

Alle Betroffenen, in Hamburg und bei den Verantwortlichen der Verkehrskreuz GmbH in Jagel, waren nicht nur verwundert, weil es keinerlei Gespräche gegeben hatte, sondern sie nannten die Äußerung Carstensens unverantwortlich. Wer so suggeriert, dass in strukturschwachen Regionen unseres Landes mal eben mehrere tausend Arbeitsplätze geschaffen werden könnten, der hat für mich weder die fachliche Kompetenz noch den politischen Weitblick, ein Land wie Schleswig-Holstein verantwortlich zu regieren. Die Aussagen Ihrer Parteifreunde Börnsen und Callsen dokumentieren eindrucksvoll, was Ihre Partei von der Qualität Ihres Kandidaten hält.

Und was will die FDP? Noch im letzten Jahr forderte sie im FDP-Kommunalwahlprogramm, den Kieler-Flughafen weiter auszubauen. Jetzt, kurz vor der Wahl, steigen Sie aus. Sie nennen aber überhaupt keine Kriterien, nach denen Sie entschieden haben. Sie dürfen eines nicht vergessen, es geht nicht nur um Kiel, es geht um die Menschen in der Region, in der Region K.E.R.N., es geht um Arbeitsplätze und Investitionen und es geht auch um das Image einer Region. Und wenn Sie vor diesem Hintergrund meinen, Sie können opportunistisch entscheiden, dann müssen Sie das verantworten, dann müssen Sie das auch im gesamten Land verantworten.

Wir dagegen werden uns als verantwortliche Regierungsfraktion ausschließlich von den Sachargumenten leiten lassen. Dazu gehört, wie von mir ausgeführt, das Vorliegen der Daten und Fakten, die für Mitte Oktober angekündigt wurden. Und ich rate allen, das Protokoll der Debatte im Landtag vom 14. November 2002 zum Luftverkehrskonzept nachzulesen. Der Wandel der FDP lässt sich anhand der Äußerungen Ihres Fraktions-Vize Dr. Garg nachvollziehen.

Nachdem Herr Dr. Garg sich seinerzeit beim Wirtschaftsminister für die umfassende Bestandsaufnahme des Luftverkehrs in Schleswig-Holstein bedankt hatte, stellte er u.a. die Frage: *„Reichen die geplanten Verlängerungen der Landebahn in Holtenau tatsächlich aus, das Verkehrswachstum in Zukunft zu bewältigen? Wir, also die FDP, glauben mit Sicherheit nicht.“* Und nach einer erheblichen Auseinandersetzung mit dem Kollegen Kalinka, CDU, sagte Dr. Garg: *„Herr Kollege Kalinka, vielleicht mögen Sie mitnotieren, die Haltung der FDP-Fraktion zum Ausbau Kiel-Holtenau ist unverändert.“*

Eindrucksvoller und aussagefähiger kann man meines Erachtens Politik kaum verunstalten. Die FDP hat sich damit opportunistisch von Kiel als Luftverkehrsstandort verabschiedet. Und die CDU sollte erst einmal versuchen, das Tohuwabohu in den eigenen Reihen in den Griff zu bekommen.

Die SPD-Landtagsfraktion wird auf der Grundlage von Daten und Fakten entscheiden. Wir sind für eine Aktualisierung des Luftverkehrskonzeptes, wir sind für eine Bewertung von Standorten in Schleswig-Holstein und, um das klar zu sagen, wir lehnen den Großflughafen Kaltenkirchen nach wie vor ohne wenn und aber ab.

Und gestatten Sie mir abschließend folgende Bemerkung, bei den Wahlergebnissen vom letzten Sonntag in Brandenburg und Sachsen ist es sicherlich bestürzend, dass DVU und NPD diese Stimmenanteile bekommen haben. Das ist ein Schlag ins Gesicht aller Demokraten, wir müssen uns gemeinsam dieser Verantwortung stellen. Das Wahlergebnis zeigt aber auch deutlich, dass es vorbei ist mit der Zeit, wo Sie sich in die Büsche schlagen konnten und für nichts die Verantwortung zu übernehmen brauchten. Das Ergebnis, das Sie als CDU erzielt haben, sollte Ihnen aufzeigen, dass opportunistische Parolen nicht mehr ausreichen. Statt die Regierungen in Bund und Land zu verunglimpfen, sollten Sie endlich damit beginnen, auch als Opposition verantwortungsvoll für die Interessen unseres Landes einzutreten.